

European Green Deal – alle Informationen für Unternehmen

Mit ambitionierten Zielen bis zum Jahr 2050 läutete der European Green Deal 2019 eine neue Ära der Umweltgesetzgebung ein.



Auch Unternehmen mussten und müssen sich anpassen – von grüner Technologie bis hin zur Berichterstattung, denn ein klimaneutrales Europa ist das Ziel.

Ziele und Eckdaten des Green Deals

Der Europäische Green Deal stellt einen Fahrplan der Europäischen Union dar, um bis 2050 als erster Kontinent klimaneutral zu werden.

Dies soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Reduktion der Treibhausgasemissionen um mindestens 55% bis 2030 gegenüber dem Niveau von 1990.
- Förderung erneuerbarer Energien und Abkehr von fossilen

Brennstoffen.

- Einführung und Umsetzung einer Industriestrategie für eine saubere, Kreislaufwirtschaft.
- Einrichtung eines nachhaltigen Finanzwesens zur Unterstützung ökologischer Investitionen.
- Lancierung des europäischen Klimaschutzgesetzes, das die Klimaneutralität bis 2050 gesetzlich verankert.

Die sogenannte allgemeine Ausrichtung des grünen Übergangs soll dabei sicherstellen, dass die Transformation in einer inklusiven Weise erfolgt, die allen Regionen und Bürgern der EU zugutekommt.

Die Rolle der Industrie bei der Reduzierung der Treibhausgasemissionen

In diesem Kontext spielt die europäische Industrie, die 2019 für gut 9% der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich war, ebenfalls eine zentrale Rolle. Sie soll durch Innovation und den Einsatz sauberer Technologien global wettbewerbsfähig bleiben und zur führungsstarken Position Europas in einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell führen.



Gut zu wissen

Laut dem Umweltbundesamt sind die Emissionen der Industrie seit 1990 bereits um mehr als 28,5 % gesunken.

Maßnahmen im Rahmen des Green Deals in Deutschland

Um der Zielsetzung des Green Deals gerecht zu werden, sind in Deutschland bereits einige Maßnahmen und Gesetze umgesetzt worden. Zu diesen zählen beispielsweise:

Energiewende: Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 mindestens 65% seines Stroms aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Es wurden bereits umfangreiche Investitionen in den Ausbau von Windenergie- und Photovoltaikanlagen getätigt. Zudem gibt es Förderprogramme für den Ausbau und die Modernisierung der Stromnetze, um eine effiziente Integration erneuerbarer Energien zu gewährleisten.

Verkehrssektor: Um den CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor zu reduzieren, wurde eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Dazu gehören [temporäre] Förderungen von Elektromobilität durch Kaufprämien für Elektrofahrzeuge, der Ausbau der Ladeinfrastruktur – hier spielt das Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG) eine wichtige Rolle – sowie die Förderung von klimafreundlichen Nahverkehrskonzepten wie dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und dem Fahrradverkehr.

Gebäude- und Industrieenergieeffizienz: Um den Energieverbrauch in Gebäuden und Industrieanlagen zu reduzieren, wurden strenge Energieeffizienzstandards eingeführt. Hier spielt unter anderem das Energieeffizienzgesetz eine wichtige Rolle.

Zudem gibt es Förderprogramme für die energetische Sanierung von Wohngebäuden und zur Steigerung der Energieeffizienz in der Industrie.

Kohleausstieg: Deutschland hat beschlossen, bis spätestens 2038 aus der Kohleverstromung auszusteigen. Dies soll durch den schrittweisen Ausbau erneuerbarer Energien sowie durch Maßnahmen zur Unterstützung der betroffenen Regionen und Beschäftigten erfolgen.

Zusätzlich zu diesen bereits umgesetzten Maßnahmen befinden sich auch weitere Initiativen und Aktivitäten in Vorbereitung oder Umsetzung. Dazu gehören:

Wasserstoffstrategie: Deutschland entwickelt eine

Wasserstoffstrategie, um den Einsatz von grünem Wasserstoff als klimafreundlichen Energieträger voranzutreiben. Hierbei sollen unter anderem die Erzeugung, Speicherung und Nutzung von Wasserstoff gefördert werden.

Ausbau erneuerbarer Energien: Deutschland plant den weiteren Ausbau von Windenergie und Photovoltaikanlagen, um den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung weiter zu erhöhen.

Energieeffizienz in Industrie und Gewerbe: Es werden Maßnahmen erarbeitet, um die Energieeffizienz in gewerblichen und industriellen Bereichen weiter zu verbessern. Dabei stehen unter anderem die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen, die Optimierung von Produktionsprozessen und die Nutzung digitaler Technologien im Fokus.

Nachhaltige Finanzen: Deutschland arbeitet daran, das Finanzsystem nachhaltiger auszurichten, unter anderem durch die Förderung von nachhaltigen Investitionen und die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstandards für die Finanzbranche.

So wird der Green Deal finanziert

Die Finanzierung des Green Deals ist vielschichtig und beinhaltet sowohl öffentliche als auch private Geldmittel.

Zur Finanzierung trägt einerseits der EU-Haushalt bei, ergänzt durch den Aufbau- und Resilienzfonds, der in Folge der COVID-19-Pandemie eingerichtet wurde. Wichtige Elemente sind

hierbei Programme wie "Horizon Europe" für Forschung und Innovation, der "Just Transition Fund" für den gerechten Übergang in Regionen, die stark von fossilen Brennstoffen abhängen, sowie die "InvestEU" Initiative, die Investitionen in Europas Zukunft fördern soll.

Andererseits spielt das Konzept des nachhaltigen Finanzwesens eine Schlüsselrolle, welches private Investitionen in grüne Projekte lenken soll. Dies geschieht unter anderem durch die Emission von Green Bonds und das EU-Taxonomie-System für nachhaltige Aktivitäten, das klare Kriterien dafür definiert, was als ökologisch nachhaltige Investition gilt.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) fungiert als "EU-Klimabank" und unterstützt den Green Deal durch die Finanzierung von Nachhaltigkeitsprojekten. Insgesamt soll der Europäische Green Deal über den nächsten Jahrzehnt Transformationen in Höhe von einer Billion Euro mobilisieren und somit einen entscheidenden Schritt in Richtung eines nachhaltigen Europas verkörpern.

Was bedeutet der EU Green Deal für Unternehmen?

Der Europäische Grüne Deal hat spürbare Auswirkungen auf die Geschäftswelt. Unternehmen wurden und werden gezwungen sein, ihre Praktiken zu überprüfen und anzupassen, um mit den strengen europäischen Umweltstandards Schritt zu halten und

mögliche finanzielle Sanktionen zu vermeiden. Die Umstellung auf saubere und kreislauforientierte Wirtschaftsmodelle wird vor allem von Industriezweigen wie Energie, Transport, Bauwirtschaft und Landwirtschaft bedeutende Investitionen verlangen.

Die Initiative eröffnet jedoch auch Chancen. Die Förderung von Nachhaltigkeit kann zur Erschließung neuer Märkte beitragen, die Innovationskraft anregen und wirtschaftliches Wachstum durch grüne Technologien stimulieren. Unternehmen, die frühzeitig Nachhaltigkeitsmaßnahmen ergreifen, können von einer verbesserten Marktstellung und einem vorbildlichen Image profitieren.

Unternehmen müssen sich auf erhöhte Berichtsanforderungen in Bezug auf Umweltauswirkungen einstellen und möglicherweise nachhaltiges Finanzwesen nutzen, um den ökologischen Wandel zu fördern. Grüne Investitionen werden in der Geschäftswelt immer mehr zum Fokus, wodurch auch interne Prozesse hinsichtlich Energieeffizienz und Abfallreduktion optimiert werden müssen.

Europäische Industriestrategie

Die Europäische Industriestrategie ist ein wesentlicher Bestandteil des Grünen Deals und zielt darauf ab, die europäische Industrie bei der Umstellung auf eine grüne und digitale Wirtschaft zu unterstützen. Sie umfasst Maßnahmen, die sicherstellen sollen, dass die Industrie:

1. im Hinblick auf die Klimaneutralität wettbewerbsfähig

- bleibt,
2. im Bereich sauberer und kreislauforientierter Produkte eine Führungsrolle einnimmt und
 3. den Wandel zu einer digitalen Wirtschaft meistert.

Hierzu gehört unter anderem die Förderung von Forschung und Innovation, die Einführung neuer Marktstandards für umweltfreundliche Produkte und die Stärkung von Start-ups und kleinen Unternehmen im Grünen Sektor. Außerdem ist die erfolgskritische Versorgung mit notwendigen Rohstoffen ein Aspekt, den die Europäische Industriestrategie adressiert, wobei eine Abhängigkeitsreduktion von einzelnen Lieferländern im Fokus steht.

Diese Umorientierung stellt zwar Herausforderungen für die Unternehmen dar, aber sie bringt auch finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten mit sich. Die Europäische Union stellt durch verschiedene Förderprogramme Finanzmittel bereit, die bei der Transition zu nachhaltigen Geschäftsmodellen helfen.

Welche nicht-finanziellen Berichtspflichten kommen auf Unternehmen im Rahmen des EU-Green-Deals zu?

Im Rahmen des Europäischen Green Deal kommen auf Unternehmen verschiedene nicht-finanzielle Berichtspflichten zu, die darauf abzielen, Transparenz hinsichtlich ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Verantwortung zu schaffen. Ein zentraler Aspekt ist die Berichterstattung im Einklang mit der EU-Taxonomie für nachhaltige Aktivitäten. Unternehmen müssen

offenlegen, inwieweit ihre Tätigkeiten als ökologisch nachhaltig gelten können. Dies bezieht sich insbesondere auf:

- **Klimaschutzziele:** Information darüber, wie Unternehmensaktivitäten zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen beitragen.
- **Umweltziele:** Angaben zu Auswirkungen auf Wasser und Meeresressourcen, Kreislaufwirtschaft, Ökosysteme und Biodiversität sowie die Vermeidung von Umweltverschmutzung.
- **Arbeitsverfahren und Sozialstandards:** Darstellung, wie im Unternehmenskontext mit Arbeitnehmerrechten und sozialen Aspekten umgegangen wird.

Darüber hinaus zielt die verpflichtende Offenlegungsverordnung (Sustainable Finance Disclosure Regulation, SFDR) darauf ab, dass Investoren klar verstehen können, welche Investitionen nachhaltig sind. Somit müssen Unternehmen die Auswirkungen ihrer Geschäftsaktivitäten auf Nachhaltigkeitsfaktoren systematisch berücksichtigen und diese Informationen an Investoren und andere Stakeholder kommunizieren. Die Einhaltung dieser Vorschriften ist ein wesentlicher Schritt, den ökologischen Wandel in Europa voranzutreiben und dabei durch Transparenz das Vertrauen in nachhaltiges Finanzwesen zu stärken.

Fortschritte bei der Reduzierung der Treibhausgasemissionen

Laut Daten des Umweltbundesamtes ist es der Europäischen Union gelungen, die Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und

2021 um ca. 29 Prozent zu reduzieren.

Dieser Erfolg ist auf eine Reihe von Maßnahmen zurückzuführen. Dazu zählt insbesondere der Ausbau erneuerbarer Energien, der in den letzten Jahren erheblich vorangetrieben wurde. Laut dem Bundesverband Erneuerbare Energie stieg der Anteil erneuerbarer Energien am deutschen Stromverbrauch bis zum Jahr 2023 auf fast 52 Prozent.

Der Endenergieverbrauch in Deutschland ist seit Beginn der 1990er Jahre hingegen nur in geringem Umfang gesunken. Denn die Einsparungen und die immer effizientere Nutzung von Energie stehen dem Wirtschaftswachstum und den Konsumsteigerungen gegenüber. Um die Reduzierung des Endenergieverbrauchs nachhaltig zu reduzieren, wurde im Herbst 2023 das Energieeffizienzgesetz (EnEfG) erlassen, welches insbesondere Unternehmen dazu verpflichtet Energie einzusparen.